

# Digitalisierung und staatliche Souveränität

## In Kürze

- Digitalisierung verändert auch Politik und Staat. Die staatliche Souveränität ist massiv herausgefordert, insbesondere im Hinblick auf das Verwaltungshandeln, die digitale Infrastruktur und demokratische Prozesse.
- Digitale Souveränität bezeichnet die ausschließliche Selbstbestimmung von Rechtssubjekten wie Staaten und natürlichen Personen unter den Bedingungen der Digitalisierung.
- Um digitale Souveränität (wieder) herzustellen, ist konsequentes Agieren auf verschiedenen Ebenen (national und international) notwendig, sowohl in technischer und organisatorischer als auch in regulativer Hinsicht und nicht zuletzt im öffentlichen Diskurs.

## Worum geht es?

Digitalisierung ist ein sehr bedeutender Veränderungsprozess des 21. Jahrhunderts. Kaum ein Bereich menschlicher Tätigkeit kommt heute ohne elektronische Geräte und datengestützte Anwendungen aus. Auch die Politik und die staatliche Verwaltung bilden bei dieser Entwicklung keine Ausnahme. Verwaltungshandeln ist längst nicht mehr nur die Tätigkeit in Schreibstuben: Schon vor rund zwei Jahrzehnten etablierte sich der Begriff E-Government. Der Staat erbringt mittlerweile viele Dienstleistungen über das Internet. Auch im sogenannten Backoffice spielt Informationstechnologie längst eine zentrale Rolle. Die Verwaltung setzt immer mehr auf automationsunterstützte Kommunikation und Interaktion, etwa via

Chatbots, und exploriert das Potenzial von Künstlicher Intelligenz. Dienstleistungen für die BürgerInnen werden in One-Stop-Shops gebündelt. Künstliche Intelligenz und Automatisierung sollen immer mehr zum „No-Stop-Government“ führen, bei dem weder die BürgerInnen Anträge für Leistungen stellen, noch Verwaltungsbedienstete aktiv in Prozesse eingreifen. Algorithmen treffen die Erstentscheidungen, etwa über die Zuerkennung von Leistungen. IT wird zu einer kritischen Infrastruktur. Dadurch werden der Staat und unser Verständnis vom Staat herausgefordert. Wenn sich das Handeln der Verwaltung, die Grundlagen, auf denen es fußt, und die Mittel, mit denen es vollzogen wird, ändern, ändern sich staatliche Handlungsweisen, das Verhältnis des Staates zu seinen BürgerInnen und internationale Abhängigkeiten. Es stellt sich letztendlich die entscheidende Frage, ob der Staat die laufenden Veränderungen unter Kontrolle hat und/oder sie ausreichend gestalten kann, um seine Souveränität zu erhalten.



Foto: © Parlamentsdirektion / Th. Topf

Wie souverän ist die Vertretung des Souveräns im 21. Jh.?

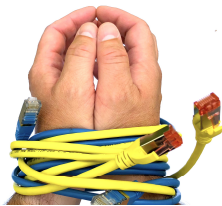
Souveränität bedeutet die ausschließliche Selbstbestimmung von Rechtssubjekten, insbesondere Staaten, aber auch von Personen. Sie kann freilich nie absolut sein, weil sie immer durch die Existenz anderer Staaten bzw. Individuen und deren Handlungen beschränkt ist. Der Begriff „Digitale Souveränität“ bezeichnet nun Souveränität unter den Rahmenbedingungen der Digitalisierung. Ein Staat ist im Idealfall dann „digital souverän“, wenn er in seinem Zuständigkeitsbereich auch im digitalen Raum selbstbestimmt handelt und das Monopol der Staatsgewalt auch gegen den Widerstand anderer Staaten und insbesondere nicht-staatlicher Akteure ausübt.

Kann es in diesem Sinne überhaupt eine digitale Souveränität Österreichs (stellvertretend für alle Nationalstaaten) geben? Die folgenden vier Bereiche sind betroffen: (1) das Handeln im eigenen Bereich, insbesondere in der Verwaltung, (2) die Zurverfügungstellung notwendiger digitaler Infrastrukturen auf seinem Territorium bzw. für seine BürgerInnen, (3) die Schaffung der Voraussetzungen für funktionierende demokratische Prozesse und (4) die Herstellung jener rechtlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen, die es seinen StaatsbürgerInnen ermöglicht, digital souverän, also selbstbestimmt zu handeln.

## Herausforderungen

Eine genauere Untersuchung der genannten vier Bereiche zeigt deutlich, dass der Staat im Zeitalter der Digitalisierung stark unter Druck steht und vieles noch offen ist: Bei laufender Teilautomatisierung der Verwaltung stellt sich etwa die Frage der Verantwortung für automatisierte Entscheidungen. Auch gibt es noch kaum eine Auseinandersetzung mit ethischen Grundsätzen für und Folgenabschätzungen von Algorithmen im Verwaltungsbereich.

Die Verwaltung bedient sich zunehmend globaler digitaler Plattformen (z.B. Google, Amazon), die über funktionale Souveränität verfügen, welche bisher klassischerweise vom Staat ausgeübt wurde. Zu fragen ist, wo sich bereits nicht-staatliche Souveränitätsgebiete etabliert haben und welche Optionen der Zurückgewinnung der staatlichen Souveränitätsansprüche bestehen.



Auch der Staat befindet sich in digitalen Abhängigkeiten.

Durch die weltweite Vernetzung der digitalen Infrastrukturen, intransparente Funktionsweisen von IT-Komponenten und der potentiellen Gefahr von Cyberangriffen sogar von außerhalb des Staatsgebiets, entstehen massive Sicherheitsrisiken. Mögliche Maßnahmen sind u.a. die Vermeidung von Abhängigkeiten zu bestimmten Anbietern (etwa durch Open-Source-Software), der Aufbau eigenständiger Technologiekompetenz und die Entwicklung eigener Angebote für kritische Infrastrukturen und Services, um globale Digitalmonopole zurückzudrängen.

Im politischen Bereich stellt sich etwa die Frage, wie ein Interessensausgleich zwischen gleichermaßen berechtigter staatlicher und individueller digitaler Souveränität geschaffen werden kann. Oder, in welcher Weise Rechtsetzung auf EU- oder weltweiter Ebene eventuell ein neues Modell digitaler staatlicher Souveränität schaffen könnte, welches unter den Bedingungen der globalen Digitalisierung ein faires Gleichgewicht schafft. Auch für die Stabilität der Demokratie stellen sich sensible und essenzielle Fragen. So ist der zukünftige Umgang mit der zunehmenden und immer einfacher werdenden Manipulation der öffentlichen Meinung in den digitalen Medien ein bedeutendes Thema, da Social Bots, Deep Fakes u.v.m. zu einer ernsthaften Gefahr für die digitale Souveränität des politischen Systems geworden sind.

## Was tun?

**Um die digitale staatliche Souveränität aufrechtzuerhalten bzw. wiederherzustellen, ist konsequentes Agieren auf verschiedenen Ebenen (national und international), sowohl in technischer und organisatorischer als auch in regulativer Hinsicht und nicht zuletzt im öffentlichen Diskurs notwendig.**

- Angesichts der Bedeutung der Digitalisierung für die Zukunft unseres Zusammenlebens und der Demokratie sollten sich Politik und Zivilgesellschaft dieser Thematik bewusst werden und eine umfassende Diskussion in Hinblick auf eine umsichtig überlegte, demokratisch orientierte digitale Souveränität führen.
- Eine umfassende und ambitionierte Digitalisierungsstrategie auf nationaler und europäischer Ebene müsste vorhandene Gestaltungsspielräume bestmöglich nutzen und neue eröffnen sowie mit Blick auf das Ganze Lock-ins oder kritische Sicherheitslücken vermeiden und das Vertrauen der Gesellschaft in die nachhaltige Sicherung der digitalen Souveränität fördern.
- Die für diese Diskussion notwendige Faktenbasis und Ausarbeitung von Handlungsoptionen bedarf einer tiefergehenden Analyse. Als erster Schritt wären die offenen Fragen (siehe Abschnitt „Herausforderungen“) von EntscheidungsträgerInnen in der Verwaltung und ExpertInnen genauer zu beleuchten und die jeweiligen Vorgehensweisen zu analysieren.

## Zum Weiterlesen

Nentwich/Jäger/Embacher-Köhle/Krieger-Lamina (2019) Kann es eine digitale Souveränität Österreichs geben? Herausforderungen für den Staat in Zeiten der digitalen Transformation. ITA-manu:script 19-01. [epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita\\_19\\_01.pdf](http://epub.oeaw.ac.at/ita/ita-manuscript/ita_19_01.pdf)

## Kontakt

**Michael Nentwich**

**E-mail:** [tamail@oeaw.ac.at](mailto:tamail@oeaw.ac.at)

**Telefon:** +43(1)51581-6582

